

M 1/2023

Motion betreffend Suppleant*innensystem für den Stadtrat

Manon Jaccard, Michelle Marbach, Thomas Lanz, Nicole Krenger, Nicolas Glauser, Jonas Baumann, Fraktionen SP und GRÜNE

Antrag:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine Anpassung des Geschäftsreglements des Parlamentes insbesondere in Art. 7 «Präsenzpflicht der Ratsmitglieder» und gegebenenfalls in weiteren Artikeln auszuarbeiten bzw. hierfür eine stadträtliche Spezialkommission einzusetzen, welche einen Entwurf hierfür ausarbeitet, welcher

1. es Parlamentarier*innen erlaubt, sich für Abwesenheiten von bspw. drei bis neun Monaten im Parlament stellvertreten zu lassen,
2. die Voraussetzungen zur Stellvertretung und dessen Bewilligungsverfahren definiert,
3. den Kreis der Suppleant*innen bestimmt,
4. deren Rechte und Pflichten in Bezug auf ihre Tätigkeit im Stadtrat und den Kommissionen festlegt.

Begründung:

Wie in der Berufswelt muss es auch in der politischen Arbeit möglich sein, sich aus bestimmten noch zu definierenden Gründen vertreten zu lassen. Besonders hervorzuheben ist die Abwesenheit aufgrund des Mutterschaftsurlaubs. Aktuell ist den jungen Müttern vor Ablauf der 98 Tage nach der Geburt nicht erlaubt, einer AHV-pflichtigen Tätigkeit nachzugehen (Mutterschutz, vgl. Art. 16d Abs. 3 EOG). Auch ist es gewählten Parlamentarier*innen nicht möglich, an den Abstimmungen teilzunehmen, ohne die Mutterschaftsentschädigung zu verlieren (siehe Urteil des Bundesgerichts 9C 469/2021 vom 8. März 2022). Für die Arbeitswelt ist es heute Normalität, bei der Familiengründung die Abwesenheit der Mutter während 14 Wochen und des Vaters während zwei Wochen zu organisieren. Das sollte auch im politischen Betrieb möglich sein.

Diverse kantonale Parlamente haben bereits ein Suppleant*innensystem in unterschiedlichen Varianten eingeführt. So verfügen bspw. die Kantone Genf, Neuenburg Jura, Wallis und Graubünden über ein Suppleant*innensystem. Auf Gemeindeebene gibt es ein solches Modell in Moutier. Aber auch die Stadt Bern, Biel und Köniz sowie weitere Kantonsparlamente prüfen eine Umsetzung.

Das bewährte Milizsystem des Thuner Stadtrates lässt sich mit einem Suppleant*innensystem stärken, weil es die Vereinbarkeit von Kommunalpolitik, Familie und Beruf erhöht. Gerade auch für jüngere Menschen würde es die Hemmschwelle in die Politik einzusteigen senken, da ihre Berufs- und Ausbildungswege weniger geradlinig verlaufen.

Dringlichkeit: Wird nicht verlangt.



Manon Jaccard
Michelle Marbach
Thomas Lanz
Nicole Krenger
Nicolas Glauser
Jonas Baumann